

# Lichtenstein-Callberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlik, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Rendsdorf, Ortmannsdorf, Müllien St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüllien, Stuhlschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 72.

Hauptinspektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

Freitag, den 28. März

Bereitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 3 RM., durch die Post bezogen 3 RM. 42 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Ober-Straße 5b, alle Postanstalten Postboten, sowie die Abnehmer entgegen. — Inserate werden die fünfgehaltene Grundgebühr, mit 25 Pfg. für auswärtige Besteller mit 30 Pfg. berechnet. — Reflektierte 60 Pfg. — Telegramm-Adresse: Tageblatt. — In sämtlichen Zeilen sollte die zweipolige Linie 75 Pfg., für Auswärtige 90 Pfg.

Auf Blatt 214 des hiesigen Handelsregisters betr. die Steinkohlen-Aktien-Gesellschaft Bockwa-Hohndorf-Vereinigung bei Lichtenstein mit dem Sitz in Hohndorf ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig **Steinkohlen-Aktien-Gesellschaft Vereinigung**. Der Gesellschaftsvertrag vom 21. März 1903 mit seiner Abänderung vom 27. März 1908 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 10. März 1919 abermals abgeändert worden. Der neu festgestellte Gesellschaftsvertrag ist vom 10. März 1919. Weiter wird bekanntgegeben, daß nach dessen § 4 der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern besteht.

Lichtenstein, am 25. März 1919.

Das Amtsgericht.

## Lichtenstein.

**Ausgabe der Brotmarken** erfolgt am Freitag und zwar werden ausgegeben die Nummern: 1-200 9-10 Uhr, 201-400 10-11 Uhr, 401-600 11-12 Uhr, 601-800 2-3 Uhr, 801-1000 3-4 Uhr im Lebensmittelamt. **Die Ausgabe der Brotmarken von Nummer 1001 bis Ende** erfolgt in der **Verkaufsstelle Bürgerschule**. 1001-1200 9-10 Uhr, 1201-1400 10-11 Uhr, 1401-1600 11-12 Uhr, 1601-1800 2-3 Uhr, 1801 bis Ende 3-4. Um unnötigen Andrang zu vermeiden, wird gebeten, die Nummernfolge streng einzuhalten.

## Brotmarken-Ausgabe in Callberg.

Freitag, den 28. März nur vormittags von 8 bis 12 Uhr.

### Gemüseverkauf.

**Sonnabend, den 29. März.** 1/4 Pfund **Graupen** für 11 Pfg. auf Lebensmittelskarte A — Marke G 2 und **Kartoffelkarte**. Nr. 1-500 bei **Franke**, Nr. 501-1000 bei **Murich**, Nr. 1001-1500 bei **Bramser**, Nr. 1501-2000 bei **Guthmann**, Nr. 2001-2500 bei **Kirsch**, Nr. 2501 bis Schluß im **Wirtschaftsverein**.

Der Ortsernährungsausschuß für Callberg.

## Die Entlassungsfeier

für die abgehenden Kinder der Bürgerschule findet

**Sonnabend, den 29. März vormittags 10 Uhr**

im Doppelzimmer statt.

Die Lehrerschaft ladet hiermit die Herren Schulkonferenzen, Freunde der Schule, besonders aber die Eltern zur Teilnahme ergebenst ein durch den

**Schuldirektor**

**W. A. Schmidt.**

Callberg, den 27. März 1919.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Ueber die Vorgänge in Ungarn läßt sich infolge der fortgesetzten Unterbrechung der telegraphischen Verbindung mit Budapest noch immer nichts Genaues sagen. Es gewinnt aber immer mehr den Anschein, daß die Bewegung mehr nationaler als sozialistischer Charakter hat. Die Budapest Regierung hat eine Menge Verordnungen erlassen. U. a. werden alle Richter und Rechtsanwälte zur Disposition gestellt. Die Alliierten beschließen, in Ungarn mit bewaffneter Hand einzugreifen und es herrscht in Marzilles sehr lebhaft Tätigkeit, da von dort aus Truppen verabschiedet werden sollen. General Mangin ist zum Oberkommandierenden der Restitutionsstruppen ernannt. Inzwischen ist die Stadt Preßburg von 7000 Italienern besetzt worden, sie beginnen die Bahnlinie nach Budapest zu besetzen.

\* Nach der „Daily Mail“ wollen die Alliierten die polnische Division über Königsberg nach Polen schicken hätten also die Landung in Danzig aufgegeben, somit wären die polnischen Ansprüche auf Danzig jedenfalls einfallig.

\* England lehnt die Untersuchung der Kriegsschuld durch eine neutrale Kommission ab.

\* Mittwoch vormittag landete in Hamburg der Dampfer „Hans Wilhelm Rensford“ mit etwa 20000 im Lehrender Orientkriegern.

\* Das Gleiwitzer Unglück hat 72 Tote gefordert. Am Unglück ist ein Schlosser schuld, der widerrechtlich eine 600erzige elektrische Lampe an der Bühne angebracht hatte, durch deren ausstrahlende Hitze ein dünner Vorhang Feuer fing.

\* Wie verlautet, bereitet die sächsische Regierung eine Kundgebung vor, in der das Verlangen ausgesprochen werden soll, daß der Frieden nur auf der Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit gemäß den 14 Punkten Wilsons zustande kommen dürfe.

\* Die Münchner Kommunisten rufen in Kundgebungen der Massen für eine bayerische Räterepublik für die kommenden Sonntage auf.

\* Die Schweiz hat den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt.

## Nationalversammlung.

**Scheidemann vertraut auf das „Gewissen der Menschheit“.**

Weimar, 26. März.

Das Haus ist stark besetzt, die Ränge sind überfüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Ministerpräsident **Scheidemann**: Täglich mehrten sich die Meldungen aus dem Ausland, in welchen uns neue Erschwerungen in den zu

ermattenden Friedensbedingungen angekündigt werden zu dem Zweck, uns nach und nach durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei nicht chauvinistischer Art, sondern ein Aufschrei aus tiefer Verzweiflung, ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt, an das Gewissen der Menschheit. In Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern. Sie wollen bei Deutschland bleiben, das ganze Martyrium eines besiegten Volkes mitleiden, nur weil sie sich nicht anders fühlen und nicht anders denken können denn als Deutsche. (Stürmischer Beifall.) Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue das wertvollste Gut ist, das ihr zur Verwaltung anvertraut wurde. Die deutsche Republik, die nichts an Gegenwart, die nur Zukunft zu bieten hat, erlebt es, daß das Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen täglich lauter und inniger wird. Selbst wenn Deutschland aller Verbrechen, deren man es bezichtigt, wirklich schuldig wäre, hat es darum das heilige Recht verloren, gegen Vergewaltigungen und Fesseln zu protestieren, welche ihm die Gurgel zudrücken würden? Was von uns jemals nach ihrer zu den Unabwägigen gewandt Meinung an Vergewaltigungen beabsichtigt wurde, reicht auch nicht annähernd an das heran, was unsere Gegner uns gegenüber schon ausgeführt haben und noch ausführen wollen. Aber nicht nur die äußerste Linke schwächt unsere Stellung vor dem bittersten Ende. Am letzten Sonntag fanden in Berlin Versammlungen gegen die Abtrennung Westpreußens von Danzig und des Saargebiets statt. Aber was erfolgte? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen schon bezeichnend, daß er die Ausführungen Erbergers und Bernsteins mit lärmenden Kundgebungen unterbrach. Welche Kräfte hier am Werke politischer Sabotage waren, zeigt so recht der sogenannte Nationalbund deutscher Offiziere. Diese Herren brachten es fertig, weil sie im Siegertranz zu singen und durch das Ausbringen von Kaiserhochs eine gemeinbare Sache des ganzen Volkes zu mißbrauchen. Wir lassen uns das Recht, gräßliches Unrecht beim rechten Namen zu nennen, nicht nehmen, lassen aber ebensoviele unseren Protest gegen Vergewaltigung zu chauvinistischen Treibereien unverfälscht. Das was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewollter, aber in seinen Wirkungen war es Landesverrat. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorkommnisse vom Sonntag. Wir werden das Herausbeschwören neuer außerpolitischer Gefahren durch eine Handvoll Reaktionärer uns nicht weiter gefallen lassen. Wir dulden das nicht; Stillschweigen wäre hier Mitschuld. Die

Anwesenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichtem Herzens beurteilt werden. Ludendorff hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit des Hauses.) Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes im Hause einbringen werden.

Das Haus beschließt, bei der morgigen Beratung des Notetats Betrachtungen allgemeiner politischer Art über die Rede Scheidemanns zuzulassen. Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen über Mittelstand und Kleingewerbe.

Abg. Hermann (Dem.): Die Antwort des Wirtschaftsministers Wiffell hat uns nicht befriedigt. Jetzt ist es nicht die Zeit, die Kleinbetriebe durch Großbetriebe zu erdrücken nur um der Theorie willen. Der Mittelstand wird auch im neuen Deutschland als kultureller Faktor und als Faktor des sozialen Ausgleiches eines der festen Fundamente des Staates bleiben. Bei der Arbeitsvergebung muß das Handwerk als eine besondere Fachgruppe berücksichtigt werden. Die soziale Fürsorge muß sich auch auf die Selbständigen erstrecken. Wir fordern Unterstützung des Mittelstandes nicht nur von der Regierung, sondern auch von den wohlhabenden Schichten, die am besten dazu imstande sind.

Abg. Dr. Hugo (Deutsche Volksp.): Mein politischer Grund ist von den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers nicht befriedigt. Mit dem Ausbau der staatlichen Zwangsorganisation muß schleuniger und ernsthafter begonnen werden. Wir lehnen es auf das entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den kleinen Gewerbetreibenden etwa durch Kommunalisierung der Bäckereien und Fleischereien des Baugewerbes usw. Konkurrenz machen. Die weitverbreitete Arbeitslosigkeit geht zu einem großen Teil zurück auf die unzweckmäßige Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge. Die Sozialisierung hemmt die Emporenentwicklung der deutschen Wirtschaft.

Kommisär des Reichswirtschaftsamtes **Gebhardt Trendelenburg**: Ueber die Frage der Einführung des Achtstundentages im Handwerk schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium, ebenso über die Kommunalisierung von kleinen Wirtschaftszweigen.

Abg. Wurm (Unabh.): Der Untergang des Mittelstandes ist eine durch keine wohlwollende und nicht einmal durch reaktionäre Maßregeln aufzuhaltende Tatsache. Selten kann dem Mittelstand nur die Sozialisierung und Kommunalisierung, bei der alle Angehörigen reichlich ihr Brot finden können.